

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

61 (25.11.1947)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag: Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennzeichen / Anzeigen- und Redaktionsschluss Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2565 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
Bankkonto: Deutsche Bank, Zweigk. Lahr / Keine Ersatzeinspr. bei Störungen durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 61 / 1. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 25. NOVEMBER 1947

PREIS 90 PFENNIG

Letztes Fünk

Berlin. Der sowjetrussische Außenminister Molotow ist, von Moskau kommend, in Berlin eingetroffen. Er wird vor seiner Weiterreise nach London Besprechungen mit russischen Dienststellen in Berlin haben.

Flensburg. Die Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Zone ist beendet. Die Gesetzgebung einzelner Länder wurde gegenseitig abgestimmt; über die Ernährungslage finden erneut Besprechungen statt.

Frag. Ein demokratischer Parteitag soll Mitte Januar durchgeführt werden.

Genf. An der nichtöffentlichen Tagung des Ausschusses für Industrie- und Rohmaterialien, der in Genf begonnen hat, beteiligt sich die Sowjetunion nicht.

London. Die Konferenz der stellvertretenden Außenminister hat ihre Besprechungen abgeschlossen. Es soll kein gemeinsamer Bericht über die Abschlussschritte veröffentlicht werden.

Washington. Der amerikanische Senat hat das Sofort-Hilfsprogramm mit 597 Millionen Dollar für Frankreich, Italien und Oesterreich mit großer Mehrheit angenommen.

Zwischen FREITAG und MONTAG

Deutschland: Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, der sich zur Zeit in Schweden aufhält, wird auf Einladung der norwegischen Arbeiterpartei nach Oslo fahren. — **England:** Das Unterhaus nahm einstimmig das Unabhängigkeitsgesetz für Ceylon an, das der Insel den Dominiumstatus verleiht. — **Ungarn:** Der ungarische Innenminister hat auf Vorschlag der Nationalkommission mit sofortiger Wirkung die Auflösung der Pfeiffer-Partei angeordnet. — **Griechenland:** Wie das griechische Wirtschaftsministerium mitteilt, haben die anglo-amerikan. Militärbehörden der Bize in Deutschland das griechisch-deutsche Handelsabkommen ratifiziert, das einen Warenaustausch in Höhe von insgesamt 40 Millionen Dollar vorsieht. — **Italien:** De Gasperi wurde mit großer Mehrheit an der Spitze der Liste der Mitglieder des neuen Nationalrates der christlich-demokratischen Partei gewählt, deren Kongress in Neapel stattfindet. — **Vereinigte Staaten:** Die US-Botschaft in Warschau dementiert, daß zwei ihrer Mitglieder wegen Beihilfe zur Flucht Mikolajczyk abberufen worden seien. — **Argentinien:** In Argentinien droht ein Streik der Eisenbahner.

USA und die Londoner Konferenz

Washington. In politischen Kreisen Washingtons enthält man sich weiter sorgfältig irgendwelcher Voraussagen für die Londoner Konferenz und schließt sich damit der Haltung des Staatssekretärs Marshall vor seiner Abreise an. Diese Haltung läßt sich etwa auf den Nenner bringen: Von vornherein weder Optimismus noch Pessimismus.

Nach Ansicht dieser Kreise ist es die größte Sorge der amerikanischen führenden Männer, nichts zu sagen oder zu tun, dessentwegen sie von der Sowjetunion und der europäischen Öffentlichkeit beschuldigt werden könnten, daß sie die Verhandlungen mit der Absicht führten, nur den Standpunkt der Vereinigten Staaten durchzusetzen. Gewisse amerikanische Beobachter versichern, der von Marshall kürzlich in seiner Chicagoer Rede zum Ausdruck gebrachte Wunsch, in London eine Atmosphäre der Verständigung zu finden, sei unbestreitbar aufrichtig. Sie sehen

Robert Schumann Ministerpräsident

Nach dem Scheitern Léon Blums — Weite Kreise für liberale Wirtschaftspolitik

Paris. Nachdem Léon Blum in der Nationalversammlung nicht die von der Verfassung geforderte Mehrheit auf sich vereinigen konnte, hat der Präsident der Republik, Vincent Auriol, die Verhandlungen zur Designierung eines neuen Ministerpräsidenten wieder aufgenommen. Nachdem der Präsident noch einmal Léon Blum gesprochen hatte, empfing er den Kamerpräsidenten Herriot, der beim Verlassen des Elysees jede Erklärung ablehnte. Anschließend wurden eine Reihe prominente Politiker der verschiedenen Parteien und Gruppen im Parlament empfangen.

Paris. Bedeutet das Scheitern der Bemühungen eine Mehrheit von 309 Stimmen auf Léon Blum zu vereinigen, daß es unmöglich ist, im augenblicklichen Rahmen des Parlamentes eine Regierung zu bilden, die sich sowohl einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten als auch einer Auflösung des Parlamentes, wie sie von General de Gaulle gefordert wird, widersetzt? Dies ist die Frage, die in den französischen politischen Kreisen gestellt wird.

Sie entspricht der Ansicht der Kommunisten, die eine „Volksregierung“ verlangen, sie entspricht auch der Ansicht der Gaullisten, die ein Übergangsministerium fordern. Sie soll im übrigen auch die Auffassung gewisser Abgeordneter der Parteien der Mitte sein, die daran zweifeln, daß ein Politiker einer der anderen Parteien, die zur „dritten Kraft“ gehören, dort erfolgreich sein könnte, wo Léon Blum trotz seines größten Prestiges und seiner unermüdeten Bemühungen scheiterte.

Allerdings gibt es verschiedene Mitglieder des MRP, der Radikalsocialisten, der unabhängigen Republikaner und sogar der Sozialistenfraktion, die trotz der Unterstützung, die sie Léon Blum angedeihen ließen, die Auffassung vertreten, daß seine große Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeiten der eigenen Partei ihn dazu verleitet hätten, den Kampf gegen drei Fronten auf einmal zu führen: gegen die Kommunisten, die Gaullisten und die Antidrigisten. Sie vertreten die Meinung, daß eine weniger festgelegte Politik die Erzielung einer genügenden Mehrheit ermöglicht hätte.

In diesen Kreisen wird zum Ausdruck gebracht, man müsse eine klare antikommunistische Politik, eine liberale Wirtschaftspolitik und Entschlossenheit in der Verteidigung der demokratischen Institutionen an den Tag legen, was nicht unbedingt eine feindselige Haltung gegenüber der Bewegung de Gaulle bedeuten müßte, da diese ihre antirepublikanischen Absichten durch Taten noch nicht be-

wiesen habe. Diese Persönlichkeiten unterstützen ihre Auffassungen mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß von 616 Abgeordneten nur 300 für Léon Blum gestimmt haben, während die Kommunisten nur 186 Stimmen und die gaullistische Gruppe nur 80 Mitglieder zähle.

Man nimmt daher als wahrscheinlich an, daß ein neuer Versuch unternommen wird, um hinter einem Radikalsocialisten, einem christlichen Republikaner, einem Unabhängigen und einem Rechtssozialisten eine Mehrheit der „republikanischen Verteidigung“ zu gruppieren, ohne dabei aber Vertreter General de Gaulles heranzuziehen oder sein Verfassungsprogramm anzunehmen.

Paris. Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, daß der frühere Finanzminister Robert Schumann (MRP.) nunmehr den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen hat. In parlamentarischen Kreisen wird Léon Blum als stellvertretender Ministerpräsident bezeichnet.

MRP gegen Verständigung mit de Gaulle

Paris. Die Parlamentsfraktion der MRP lehnte während der Sitzungsunterbrechung der Nationalversammlung einen Antrag auf Verständigung mit General de Gaulle ab. In diesem von Louis Terrenoire niedergelegten Antrag heißt es: Angesichts der ersten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage und im Bewußtsein der ungeheuren Gefahr der kommunistischen Agitation, die die Bildung einer nationalen Einheitsregierung unter Mitarbeit aller Männer, die entschlossen sind, die Staatsautorität, die Arbeitsfreiheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes zur Geltung zu bringen, fordert die Parlamentsfraktion der MRP das Staatsoberhaupt und das Parlament auf, den Ergebnissen der Wahlen vom 19. und 26. Oktober Rechnung zu tragen und sich um eine gemeinsame Aktion mit General de Gaulle zu bemühen. Wie ein Gerücht behauptet, soll Terrenoire, da sein Antrag keine Zustimmung fand, aus der Parlamentsfraktion ausgeschieden sein. Außerdem wird bestätigt, daß der frühere Kriegsminister Edmond Michelet auf Grund seines Anschlusses an die de Gaulle-Bewegung vom MRP ausgeschlossen werde.

Engl.-sowj. Wirtschaftsverhandlungen

London. In gut informierten Kreisen von London ist man der Ansicht, daß der Botschafter Großbritanniens in Moskau dabei ist, die letzten Einzelheiten über die Wiederaufnahme der englisch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen zu regeln. In diesen Kreisen erwartet man, daß über die Abreise des Präsidenten des „Board of Trade“, H. Wilson, im Laufe der nächsten Woche eine Erklärung abgegeben werden wird. Es wird ferner bemerkt, daß jetzt die Lage für einen Vertrag wegen der merklichen Erhöhung der Exportkapazität Großbritanniens günstiger als im Sommer ist.

Resolution der italienischen Sozialisten

Rom. Das Zentralkomitee der sozialistischen Mehrheitspartei hat seine Arbeiten abgeschlossen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die „Bildung eines demokratischen Volksblockes“ vorgeschlagen wird.

Havanna-Konferenz eröffnet

Havanna. Der Präsident der Republik von Cuba, San Martin, hielt die Eröffnungsansprache auf der internationalen Konferenz für Handel und Arbeit. Der cubanische Präsident stellte fest, daß das Ziel der Konferenz nicht nur „die Überwindung der Hindernisse für einen normalen, internationalen Warenaustausch“, sondern auch „die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ländern, deren materielle Entwicklung zurückgeblieben sei“.

Anschließend ergriff im Namen Trygve Lie's der stellvertretende Generalsekretär der UNO, Benjamin Cohen, das Wort und erklärte, daß „wenige Bestimmungen der Charta schneller zur Verbesserung der Beziehungen der Menschheit und des Wirtschaftsfriedens zwischen den Völkern beitragen könnten, als die Bestimmungen, welche den internationalen Handel betreffen. Die Welt ist müde. Es liegt an Ihnen, eine Botschaft

zu erlassen, die den Mut der Ohnmächtigen und ihre Hoffnungen wieder erweckt“.

Der Direktor des internationalen Währungsfonds, Camille Gutt, forderte eine enge Zusammenarbeit zwischen den „Fonds“ und der internationalen Handelsorganisation. Gutt erklärte: „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Hindernisse zu beseitigen, die der Ausbreitung des Welthandels und der Wiederherstellung einer gesunden internationalen Zahlungsbilanz entgegenstehen.“ Er versicherte, daß die Ausarbeitung der internationalen Handelscharta ausgezeichnete Ergebnisse haben würde, und fügte hinzu, daß die Gener-Verträge ein Kompromißresultat wären. Schließlich kam er auf die Tätigkeit des internationalen Währungsfonds zu sprechen und erklärte: „Der Fonds hätte in einer sehr kritischen Periode zu funktionieren. Wir hätten vorgezogen, einen günstigeren Augenblick abzuwarten. Es mußte aber gehandelt werden.“

Verworrene Wege?

G. A. Es ist erst wenige Tage her, daß in den Zeitungen eine kurze Notiz erschien, die eigentlich zur Besinnung Anlaß geben sollte. Kein großes Ereignis: eine Anzahl norwegischer Journalisten bereiste verschiedene deutsche Länder, um von der Stimmung und den Lebensverhältnissen in Deutschland einen Ueberblick zu bekommen. Ihre Eindrücke faßten sie in einen sachlichen Bericht zusammen, der auch für den Deutschen, so will es uns scheinen, manche Wahrheit enthielt. Eine dieser Feststellungen hielten wir aber eines Nachdenkens wert, nämlich, daß in Deutschland keine Anzeichen von Demokratie vorhanden seien.

Einem gewissen Teil der Presse in der Ostzone — und nicht nur in der Ostzone — gab diese Feststellung wieder einmal Anlaß in der üblichen listigen Primitivität zu behaupten, die „reaktionären Parteien in der Westzone“ und die „Faschisten“ in ihnen würden die Wiedergeburt der Demokratie so erschweren. Selbst, wer, wie die Kommunisten, mit primitiven Begriffen zu arbeiten gewohnt ist, bemerkt, daß sie mit „Faschisten“ jene meinen, die nicht mit ihrer kommunistischen Einheitspartei sympathisieren.

Wenn wir uns zu einer Demokratie „westlicher“ Prägung bekennen, dessen man uns so gerne beschuldigt, so nicht nur deshalb, weil sie unserer liberalen Weltanschauung entspricht, in der die Freiheit des Individuums keine leere Phrase sein soll, sondern weil wir uns über die wahren Absichten einer von der kommunistischen SED gewünschten Demokratie nicht täuschen lassen. „So viele Masken verbergen das Gesicht, so viele Gewänder die Gestalt.“ Religion sei Opium für das Volk, hieß es gestern — heute handelt der Kommunismus in der Ueberzeugung, Demokratie sei gerade gut genug als Opium für die Welt.

Der stellvertretende russische Außenminister, Wyschinski, gab in Paris anlässlich eines Vortrages in der Sorbonne vor einem Auditorium von Juristen eine auf den ersten Blick verblüffende Definition der Demokratie: „Demokratie ist zuweilen Diktatur des Proletariats genannt worden. Diktatur des Proletariats ist tatsächlich Demokratie in Aktion... Solange eine Diktatur im Namen des Volkes für das Wohl des Vaterlandes handelt, ist sie geheiligt. Wenn sie gegen das Volk handelt, ist sie verbrecherisch. In Rußland ist unser Regime das einer demokratischen Diktatur“ („Time“, 27. Mai 1946). Die „westliche“ Auffassung unterscheidet sich in einigen Punkten. Diese Unterschiede in der Auffassung und der damit verbundenen „politischen“ Spannung, die zwischen Ost und West über Deutschland lagert, bilden keinen günstigen Nährboden für eine Demokratie“, erklärte ein französischer Staatsmann kürzlich in einem ähnlichen Zusammenhang. Und so sind wir Zeuge eines seltsamen Schauspiels, daß auf dem Umweg über die französische Dichtung eine philosophische Richtung als Ausdruck „westlicher“ Geisteshaltung zu uns dringt, deren Väter Deutsche sind: die Existenzphilosophie. Nicht ohne ironische Pikanterie ist es, weiter festzustellen, daß auch die Väter der „östlichen“ Gesellschaftslehre — Deutsche waren. Es sei an Hegels Geschichtsphilosophie und ihre soziologisch-materialistische Auswertung durch seinen Schüler Karl Marx erinnert. Wir stehen in der Mitte, zwischen Individualismus und Kollektivismus. Als Zuschauer? Man macht dem Deutschen oft nicht zu Unrecht den Vorwurf, er sei zu unpolitisch. Denn wäre er zu politischem Denken erzogen, würde ihm der Weg zur Demokratie nicht verworren erscheinen! Er würde dann sehr wohl zwischen einer echten und einer Pseudo-Demokratie zu unterscheiden wissen.

Jeder wird darin bepflichtet, daß die Voraussetzungen zur Errichtung einer wahrhaften Demokratie nicht gerade als günstig anzusprechen sind. Die gegenwärtige materielle und psychische Not macht die Demokratie nicht lebenswerter. Hunger ist beileibe nicht immer der beste Koch. Bei noch nicht einmal 1000 Kalorien pro Tag — um mit den Maßstäben in Südbaden zu messen — bei zunehmender Zwangsbewirtschaftung und im Hinblick auf verschiedene andere Maßnahmen, hört man, gerade auch in den Kreisen der jungen Generation, immer häufiger die Frage: Ist das nun die vielgepriesene Demokratie? Die daraus entstehende Gefahr, die wahrhafte und echte Demokratie zu verkennen, sollte nicht unterschätzt werden. Daß dieser Zustand ein vorübergehender sei, hängt nicht zuletzt auch von den Staatsmännern ab, die dieser Tage über das Schicksal Deutschlands entscheiden. Ob Kompromißlösungen bei verschiedenen Punkten wün-

schenswert sind, nur weil eine Ergebnislosigkeit der Konferenz nicht wünschenswert ist, muß als fraglich bezeichnet werden.

Währungsabkommen Frankreich - Benelux-Staaten

Paris. Zwischen Frankreich, der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und den Niederlanden ist ein Währungsabkommen unterzeichnet worden, dem alle anderen Länder zum Ausbau eines Multilateralen Vertragsnetzes beitreten können.

Im Anschluß an die Arbeiten der Pariser Sechzener-Konferenz war das Problem auf einer Währungskonferenz in London vom 22. bis 27. September und in Paris vom 15. bis 25. Oktober beraten worden.

Während dabei die Vertreter der Benelux für einen sofortigen Uebergang auf die internationale Regelung eingetreten waren, hatte sich Frankreich für ein schrittweises Vorgehen erklärt, und dieser letztere Weg ist jetzt durch das neue Abkommen eingeschlagen worden.

Empire-Besprechungen in London

London. Die Anwesenheit der drei Commonwealth-Ministerpräsidenten von Kanada, Mackenzie King, von Südafrika, General Smuts, und von Süd-Rhodesien, Huggius, gibt Gelegenheit zur Annahme, daß wichtige Besprechungen über die bedeutendsten, die Zukunft des britischen Empire interessierenden Fragen stattfinden werden.

Währungsreform in Oesterreich

Wien. Die Sondersitzung des österreichischen Nationalrates befaßte sich mit der Regierungsvorlage zum Währungsschutzgesetz. Danach werden die Banknoten auf ein Drittel ihres Nennwertes herabgesetzt.

Wien. Die österreichische Bevölkerung flüchtet sich in die Sachwerte. Geschäfte, die den Käuferansturm voraussahen, haben ihre Läden wegen „Erkrankung, dringender Reparaturen oder Reinigungsarbeiten“ gesperrt.

Zur amerikanischen Deutschland-Politik

Paris. Bei der Wichtigkeit der innenpolitischen Ereignisse in Frankreich ist in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig die Rede von der bevorstehenden Tagung der Außenminister in London.

Man geht wohl nicht zu weit, wenn man annimmt, daß die öffentliche Meinung in Frankreich die Aussichten einer Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Zukunft Deutschlands nicht immer allzu günstig beurteilt.

Dieser Aufsatz der „Monde“ ist auch darum interessant, weil er die in Frankreich immer noch starke Hoffnung zum Ausdruck

bringt, es werde eines Tages gelingen, Osteuropa mit in die gemeinsame Arbeit zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft einzubeziehen.

Kein Sonderfrieden mit Deutschland

Paris. Pertinax, der über außenpolitische Angelegenheiten oft gut unterrichtete Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph“ und des Pariser „France Soir“, schreibt in dem letztgenannten Blatt, daß es das oberste Ziel der bevorstehenden Konferenz der Außenminister sein werde, sich selbst zu überleben, selbst wenn die Konferenz scheitern sollte.

Die britisch-deutschen Demontage-Besprechungen

Düsseldorf. Wirtschaftsminister Präsident Dr. Nolting berichtete im Haushaltsausschuß des Landtages über die mit einer englisch-amerikanischen Kommission geführten Besprechungen über die Demontage.

BLICK UEBER DIE ZONENGRENZEN

Weihnachtsamnestie Clays. General Lucius D. Clay, der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, hat für Weihnachten eine Amnestie für 2000 von amerikanischen Militärgesangenen zu Gefängnisstrafen verurteilte Deutsche ausgesprochen.

1800 Kalorien in Bayern. Mit Beginn der 116. Zuteilungsperiode sollen in Bayern alle „Beschäftigten“ einschließlich der Geistes-schaffenden täglich 1800 Kalorien erhalten.

Arbeitshaus für Schwarzhändler. Der bayerische Landtagsausschuß für Verfassungsfragen forderte das Innenministerium einstim-

10 Todesurteile im Rastatter Prozeß

Rastatt. Vom Vorsitzenden des Tribunals in Rastatt wurden die Urteile gegen die ehemaligen Wachmannschaften der KZ-Lager Vaihingen, Unterriexingen, Hesselthal und Kochendorf verkündet.

Gegen eine Arbeitsgemeinschaft katholischer Politik

München. Der ständige Ausschuß des Parlaments der „Jungen Union“ wendet sich in einer Entschließung gegen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft katholischer Politik.

Neue Kominform-Sitzung?

Belgrad. In allgemein gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, nach dem 29. November, dem Tag des jugoslawischen Nationalfestes zur Erinnerung an die Proklamierung der Republik, werde eine Kominform-Sitzung stattfinden.

100 Mill. Dollar sofort verfügbar?

Washington. Der republikanische Abgeordnete und Vorsitzende der außenpolitischen Kommission des Repräsentantenhauses, Charles Eaton, gab bekannt, daß die Kommission sicherlich die sofortige Verwendung von 100 Millionen Dollar zur Aktivierung des Soforthilfeprogramms für Italien, Frankreich und Oesterreich genehmigen werde.

Eines steht jetzt schon außer Zweifel, daß nämlich nach dem Schilling-Umtausch alles sehr knapp sein wird.

Wien. Wie man von zuständiger Seite erfährt, ist die Regierung bestrebt, die sogenannte Sperrfrist zwischen Stichtag und Konventionstermin des Währungsschutzgesetzes möglichst zu verkürzen, damit vor allem das Weihnachtsgeschäft schon in normaler Weise abgewickelt werden kann.

Oesterreich - ein Parallellfall zu Frankreich und Italien?

Wien. Die Tatsache, daß jetzt die kommunistischen Parteien fast überall in Europa zur Opposition übergegangen sind, läßt erkennen, daß die Frage der Zusammenarbeit in Koalitionsregierungen nunmehr auch in Oesterreich vorüber zu sein scheint.

DER SPORTBERICHT

Der Sport am Wochenende

Fußball-Landesliga: Villingen - Ottenau 5:0, Rheinfelden - Schopfheim 2:0, Donaueschingen - Lahr 0:3, Fahrenau - Engen 1:0, Baden-Baden - Emmendingen 5:0, Stockach - Gutach ausgefallen.

Man kann den Ausgang der Spiele als den Erwartungen entsprechend bezeichnen, wenn gleich auch der eindeutige Sieg des Tabellenführers in seiner Höhe gegen die bisher ebenfalls noch ungeschlagenen Ottenauer überrascht.

Villingen 9 Spiele, 41:8 Tore, 17 Punkte; Lahr 9 Spiele, 21:9 Tore, 13 Punkte; Ottenau 8 Spiele, 22:20 Tore, 11 Punkte; Baden-Baden 8 Spiele, 22:16 Tore, 10 Punkte; Rheinfelden 7 Spiele, 12:6 Tore, 9 Punkte; Stockach 7 Spiele, 16:3 Tore, 9 Punkte; Emmendingen 8 Spiele, 17:20 Tore, 9 Punkte; Schopfheim 9 Spiele, 12:24 Tore, 5 Punkte; Gutach 5 Spiele, 5:12 Tore, 3 Punkte; Engen 8 Spiele, 9:29 Tore, 4 Punkte; Donaueschingen 8 Spiele, 15:24 Tore, 2 Punkte; Fahrenau 8 Spiele, 9:29 Tore, 2 Punkte.

Handball-Landesliga: Singen - Fortuna Freiburg 3:12, Zähringen - Teningen 11:4, Brombach - Offenburg 8:5.

Nachdem die drei Tabellenraster Lörrach, Schuttwald und VfL Freiburg spielfrei waren, hatten die Kämpfe des Sonntags nur für das Mittelfeld und Tabellenende Bedeutung.

Zonenliga Süd: VfL Freiburg - Trossingen 1:0, Singen - Fortuna Freiburg 4:0, Konstanz - Schwennlingen 4:0, Offenburg - Friedrichshafen 4:2, Reutlingen - Biberach 3:1.

Singen sah am Sonntag sein bestes Spiel dieser Saison und Mittelstürmer Schrott sorgte für vier

Toren dafür, daß die Freiburger Fortunen eine unerwartet hohe Niederlage mit nach Hause nahmen. Das Treffen war äußerst temperamentvoll und bot viele Höhepunkte, wobei vor allem die Hintermannschaft der Einheimischen eisen stand und den Freiburger Sturm in Schach hielt.

Offenburg 10 Spiele, 25:9 Tore, 14 Punkte; Fortuna 10 Spiele, 22:19 Tore, 13 Punkte; Rastatt 8 Spiele, 18:9 Tore, 11 Punkte; Friedrichshafen 10 Spiele, 17:15 Tore, 11 Punkte; Singen 9 Spiele, 14:10 Tore, 10 Punkte; Reutlingen 10 Spiele, 14:17 Tore, 9 Punkte; Schwennlingen 9 Spiele, 16:20 Tore, 8 Punkte; Konstanz 9 Spiele, 12:14 Tore, 5 Punkte; Trossingen 9 Spiele, 7:17 Tore, 6 Punkte; VfL Freiburg 8 Spiele, 11:16 Tore, 5 Punkte; Laupheim 7 Spiele, 4:2 Tore, 4 Punkte.

Zonenliga Nord: 1. FC Saarbrücken - SV Saarbrücken 6:0, Andernach - Gonsenheim 7:0, Mainz 05 - Neudorf 0:4.

Oberliga Süd: Schweinfurt - Neckarau 4:1, Fürth - SpFr Stuttgart 3:1, 1860 München - Ulm 4:1, Mühlburg - Offenbach 1:1, Waldhof - Wacker München 5:1, Rotweiß Frankfurt - Bayern München 0:3, Aschaffenburg - Stuttgarter Kickers 4:4, VfB Stuttgart - Eintracht Frankfurt 3:1, VfR Mannheim - 1. FC Nürnberg ausgefallen.

Die Ulmer bewiesen mit dem Unentschieden gegen München, das hauptsächlich Verdienst des ausgezeichneten Torwart Türk ist, daß sie Prüfstein für Favoriten sind und das Unentschieden zwischen Aschaffenburg und den Stuttgarter Kickers

ist das weitere überraschende Resultat. Tabellenführer weiterhin Bayern München.

Oberliga West: Oberhausen - Schalke 0:3, Horst Emscher - Erkenschwick 1:4, Hamborn - Dortmund 3:1, Vohwinkel - Fortuna Düsseldorf 3:2, Witten - Aachen 1:2, Delbrück - Katernberg 2:1.

Oberliga Nord: Werder Bremen - Concordia Hamburg 3:2.

Internationale Spiele: Frankreich - Portugal 4:1, England - Schweden 4:2, Malmö - Racingclub Paris 7:0 (1).

Frankreich - Portugal 4:1

Nachdem Portugal in der ersten Halbzeit 1:0 führte und vor allem Da Ruis große Klasse im französischen Tor weitere Erfolge verweigerte, spielten die Franzosen in der 2. Halbzeit überlegen und Linksaußen Vaast mit drei Treffern, sowie Ben Berek stellten den verdienten Sieg sicher.

Kritik zum Länderspiel England - Schweden 4:2. Rudolf Kock, der Vorsitzende des schwedischen Fußball-Ausschusses sagte: „Ich bin mit dem Ergebnis zufrieden. Unsere Mannschaft spielte in der zweiten Hälfte ausgezeichnet. Wenn sie nur in den ersten zwanzig Minuten ebenso gespielt hätte.“

Wo der Fußball rollt ...

In England ist es anders, Herr Dr. Högner! Im Zusammenhang mit den abfalligen Aeußerungen, die der bayerische Exminister Dr. Högner und Finanzminister Dr. Kraus im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages über den Sport machten,

mig auf, ohne Verzug einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der eine rechtskräftige Einweisung von notorischen Schwarzhändlern und Arbeitsscheuen in ein Arbeitshaus ermöglicht.

Ein Deutscher aus dem amerikanischen Sektor von Berlin, der anonym bleiben will, hat durch den britischen Militärgouverneur in Deutschland, Sir Brian Robertson, ein Hochzeitsgeschenk an Prinzessin Elisabeth mit einem Brief gesandt. Das Geschenk besteht aus einem Ring mit einem Diamanten und einem Türkis.

„DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Abmann. Anscr. der Redaktion: Lahr/Schw. Postf. 270. Tel. 2365. Verlag: Demokratische Verlagsge. mbH, Lahr/Schw. Druck: Moritz Schauberg, Lahr/Schw. - K. & H. Greiser, Rastatt (Baden) - Südwestdruck K.-G., Lörrach - A. Reitz & Cie., Offenburg (Baden).

ist es interessant, die diesbezügliche Einstellung der englischen Regierungsmitglieder zu erfahren. Während die genannten Abgeordneten den Sport für eine Kulturverflüchtung verantwortlich machen wollen und überlegen, wie weit der Staat den Spielbetrieb zurückdrücken könne, zeigen die englischen Staatsmänner eine weit aus positiver Einstellung.

Weshalb ging Lawton nach Nottingham? Kaum ein englischer Fußballhänger ist so beliebt wie Tom Lawton, der Mittelstürmer der National League. Ob er früher bei Chelsea oder jetzt nach der 17 000-Pfund-Transferleistung bei einem drittklassigen Verein stürzt, immer kommen Zehntausende, um ihn Tore schießen zu sehen, denn in der Saison 1939/40 hat er für seinen Club alle Tore erzielt! Und warum ging er jetzt nach Nottingham? Nun, dies hat seine Frau entschieden.

